



Claus Paal

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion
Vorsitzender Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
Vorsitzender der wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU aus Bund und Ländern

Resolution zur Luftreinhaltung

- 1) Die europäische Kommission und das europäische Parlament haben Grenzwerte für Feinstaub und NO_x festgelegt. Die Grenzwerte wurden, nach allem was wir heute wissen, nicht wissenschaftlich ermittelt, sondern beruhen auf wissenschaftlich nicht erwiesenen Annahmen und groben Schätzungen.

Ich fordere die EU auf:

Die Grenzwerte müssen neu festgelegt werden. Dazu müssen im Vorfeld wissenschaftliche Studien durchgeführt werden. Bis zur Festsetzung neuer Grenzwerte sind die aktuellen Grenzwerte entweder auszusetzen (Moratorium) oder zumindest an Grenzwerte anderer Länder anzugleichen (z.B. USA).

- 2) Bei einer Befassung mit Abstimmung im Bundesrat im Mai 2010 hat das damals von einer schwarz-gelben Regierung geführte Baden-Württemberg die jetzt eingetretenen Probleme mit den Grenzwerten bei Feinstaub und NO_x exakt so prognostiziert, wie sie jetzt eingetreten sind. In den Protokollen des Bundesrats ist festgehalten, welche Probleme die damalige Landesregierung gesehen hat und welche Schlussfolgerungen sie zog. (Protokollerklärung Tanja Gönner vom 7. Mai 2010 im Bundesrat: [...]) *In diesem Zusammenhang müssen wir dann noch einmal über eine Verlängerung der Frist für die Einhaltung des Grenzwertes diskutieren und diese gegebenenfalls anpassen. Ich bitte die Bundesregierung, sich bei den Beratungen auf europäischer Ebene in diesem Sinne einzusetzen. [...].*

Ich frage den grünen Ministerpräsidenten:

Wie wurde nach der Regierungsübernahme 2011 mit den Bedenken der Vorgängerregierung umgegangen?

Welche Aktivitäten hat die ab 2011 regierende grün-rote Landesregierung unternommen, um die 2010 von Tanja Gönner als Umweltministerin angekündigten Probleme zu beseitigen?

Was wurde getan um zu erreichen, dass die Frist für die Einhaltung der Grenzwerte verlängert werden?

- 3) Die Definition der Aufstellorte der Messstellen ist zu überprüfen. In den Mitgliedsstaaten der EU gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Aufstellung von Messstationen – dies muss harmonisiert werden.

Ich fordere die europäische Union auf:

Da die Aufstellorte innerhalb der europäischen Länder stark differieren, ist eine Überprüfung und anschließende Klarstellung dringend geboten. Dabei ist auch klarzustellen, dass Messwerte dort zu messen sind, wo sich Menschen dauerhaft aufhalten.

- 4) Die Wahl der Aufstellorte der Messstationen im Land ist zu prüfen. Messstellen müssen dort aufgestellt werden, wo sich Menschen dauerhaft aufhalten und nicht dort, wo maximal schlechte Messwerte ermittelt werden.

Ich fordere die Landesregierung auf:

Alle Messstellen im Land sind unverzüglich zu überprüfen. Dabei geht es nicht nur darum zu prüfen, ob die Vorgaben eingehalten werden, sondern es geht auch darum zu überprüfen, ob vorhandene Spielräume genutzt wurden, und vor allem, ob die Messstellen dort aufgestellt sind, wo sich Menschen dauerhaft aufhalten.

Messstellen, die falsch oder offensichtlich maximal ungünstig aufgestellt sind oder die an Stellen messen, an denen sich Menschen nicht dauerhaft aufhalten, sind zu versetzen.

Des Weiteren ist eine Untersuchung in Auftrag zu geben, die untersucht, wie sich Messwerte zeit- und orts aufgelöst innerhalb der Stadt Stuttgart verhalten.

Eine Möglichkeit ist ein ausgearbeiteter Projektvorschlag des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) mit einem mobilen Messfahrzeug.

Dieses ist über den Landeshaushalt zu finanzieren.

- 5) 2019 müssen die NO_x-Werte an einigen Messpunkten wegen gültiger Gerichtsbeschlüsse unterhalb der von der EU aufgestellten Grenzwerte fallen.

Da die Feinstaubgrenzwerte in Stuttgart mittlerweile eingehalten werden (Der Feinstaubalarm muss dringend, wegen nachhaltigem Imageschaden für die Region beendet werden), sind alle Maßnahmen, die 2019 getroffen werden, entlang der Brennpunkte und konzentriert auf das Ziel einer NO_x-Reduzierung durchzuführen. Feinstaubfresser am Neckartor aufzustellen war eine mit Steuermitteln finanzierte Fehlinvestition des Verkehrsministeriums. Vielmehr hätten, wie von der CDU-Landtagsfraktion gefordert, NO_x-reduzierende Lärmschutzwände aufgestellt werden müssen.

Ich fordere den grünen Ministerpräsidenten und den grünen Verkehrsminister auf:

Alle von der CDU-Landtagsfraktion geforderten und eingebrachten innovativen Maßnahmen zur NO_x-Reduzierung sind unverzüglich umzusetzen. Die seit Monaten angewendete Verzögerungstaktik muss sofort beendet werden.

Fahrverbote, die 2020 für Euro5-PKW drohen, sind ausschließlich vom grünen Verkehrsminister und vom Ministerpräsidenten zu verantworten.

- 6) Die aktuell ausgesprochenen Fahrverbote betreffen zehntausende Bürgerinnen und Bürger. Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht einfach ein neues Auto kaufen können. Und die Probleme haben zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen. Der Ministerpräsident hat diese Angelegenheit nicht mit dem erforderlichen Maße im Blickfeld seiner Aktivitäten.

Ich fordere den Ministerpräsidenten auf:

Der Ministerpräsident muss die Thematik Fahrverbote zur Chefsache zu machen. Sein Verkehrsminister blockiert und verzögert alle Maßnahmen, die Fahrverbote vermeiden können. Der Ministerpräsident lässt ihn gewähren.

7) **Die Bundespolitik fordere ich auf:**

Es muss überprüft werden, inwieweit gesetzliche Änderungen möglich und notwendig sind, um Vereinen wie der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Des Weiteren muss geprüft werden, inwieweit die Klagerechte solcher Institutionen eingeschränkt oder verhindert werden können.

Insgesamt ist zu überprüfen, ob dem Geschäftsmodell „Abmahnwesen“, das einen großen wirtschaftlichen Schaden anrichtet, Einhalt geboten werden kann.

- 8) Die aktuell gültigen Grenzwerte wurden durch Beschlüsse des EU Parlaments festgelegt.

Ich frage die EU-Abgeordneten:

Wie war seinerzeit Ihr Stimmverhalten im Parlament?

Sind sie bereit initiativ zu werden, um wissenschaftlich begründete Grenzwerte zu ermitteln und anschließend Grenzwerte neu zu definieren?

Sind Sie bereit, sich für eine Aussetzung der Grenzwerte einzusetzen (Moratorium), solange diese Untersuchungen laufen?

- 9) Aktuell werden erhebliche Steuergelder ausgegeben, um Messstellen zu umfahren. Dies ist kein Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Es ist Steuergeldverschwendung. Die Politik versucht damit Probleme zu lösen, die sie selbst geschaffen hat, indem sie Grenzwerte nicht wissenschaftlich festlegt hat.

Ich fordere die Landesregierung auf:

Investitionen in die Forschung und Entwicklung zukünftiger Mobilität müssen forciert werden.

Da heute die Antriebstechnik der Zukunft nicht absehbar ist bzw. vermutlich nie eine Antriebstechnik die einzige sein wird, ist Technologieoffenheit gefragt.

Die Weiterentwicklung heutiger Antriebe mit fossilen Brennstoffen (Benzin, Diesel, Gas) ist dabei ebenso wichtig wie die Entwicklung synthetischer Kraftstoffe, neuer Batterietechnologien, Wasserstoffantriebe, und vieler anderer Technologien.

Das Power-to-X-Verfahren als Stromspeicher und als nachhaltiges Herstellungsverfahren von Wasserstoff muss gefördert werden. Dazu ist vor allem die aktuelle Benachteiligung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz unverzüglich zu beenden.

Fazit:

In Baden-Württemberg wurde das Auto erfunden. Ein Großteil unseres heutigen hohen Lebensstandards geht darauf zurück. Hunderttausende Arbeitsplätze sind mit der Automobilindustrie verknüpft. Baden-Württemberg muss nicht nur aus eigenem Interesse der Mobilitätsstandort der Zukunft sein, sondern hat auch eine Verpflichtung für die gesamte Welt mit ihrem steigenden Mobilitätsbedarf.

Saubere Luft und Klimaschutz sind enorm wichtig. Die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, werden nicht durch Verbote, sondern vielmehr nur durch modernste Technik gelöst werden können. Es ist deshalb kontraproduktiv eine innovative Branche zu gefährden, die Technologien produziert, die die Welt nachweislich sauberer und umweltfreundlicher machen.

Seit langer Zeit sinkt die Schadstoffbelastung im Land von Jahr zu Jahr. Die Luft ist heute so sauber wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dies bedeutet, dass gesetzliche Vorgaben zur Schadstoffreduzierung notwendig und richtig waren und die Technologie ihnen gefolgt ist. Aktuell wird durch fahrlässig ohne wissenschaftliche Grundlage erstellte Grenzwerte und einen zu kurz bemessenen Zeitraum für die Zielerreichung eine ganze Branche in Verruf gebracht. Damit wird eine Technologie in Frage gestellt, die weltweit zu einer Verringerung der Schadstoffbelastung beitragen könnte.

Abschließend ist klarzustellen, dass jedes begangene Unrecht (Abgasskandal) inakzeptabel ist und rechtliche Konsequenzen und die Übernahme von Verantwortung erfordert (z.B. bei der Hardwarenachrüstung).

Claus Paal MdL
07.01.2019